



Stadt Köln

Die Oberbürgermeisterin

Geschäftsführung Gesundheitsausschuss

Frau Niemeyer

Telefon: (0221) 221 23820

Fax: (0221)

E-Mail: Sabine.Niemeyer@STADT-KOELN.DE

Datum: 21.12.2023

Niederschrift

über die **19. Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 22.08.2023, 17:03 Uhr bis 18:07 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Frau Ursula Gärtner	CDU
Frau Mechthild Böll	GRÜNE
Herr Joachim Heinlein	Auf Vorschlag der Grünen
Frau Christine Seiger	GRÜNE
Herr Yannik Breuer	Auf Vorschlag der CDU
Herr Artur Tybussek	CDU
Frau Polina Frebel	SPD
Herr Sven Kaske	SPD
Frau Uschi Röhrig	DIE LINKE
Frau Bettina Houben	Auf Vorschlag der FDP
Herr Andrea Salis	Auf Vorschlag von Volt

Beratende Mitglieder

Herr Michael Winkler	Auf Vorschlag der AfD
Frau Elise Teitz	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Herr Jürgen Medenbach	Auf Vorschlag der GRÜNEN
Herr Ralf Sartoris-Daubenbüchel	Auf Vorschlag der GRÜNEN
Herr Dr. Gunther Quinkler	Auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Tobias Jacquemain	Auf Vorschlag der SPD
Frau Erika Oedingen	SPD Vertretung Viola Recktenwald
Herr Albert Nowak	Auf Vorschlag von DIE LINKE
Herr Robert Gaida	Auf Vorschlag der FDP
Herr Eike Steinke	Auf Vorschlag von Volt

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß

Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Frau Sophie Sänger

Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik

Verwaltung

Frau Anke Ludwig

Herr Dr. Christian Miller

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau

Herr Dr. Matthias Albers

Frau Dr. Sabine Eichberg

Frau Dr. Sibylle Scharkus

Frau Dr. Gläser-Zorn

Frau Beigeordnete Andrea Blome

Schriftführung

Frau Sabine Niemeyer

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Frau Ulrike Kessing

GRÜNE

Herr Mario Schmitz

Auf Vorschlag der CDU

Herr Werner Kircher

Auf Vorschlag der SPD

Herr Christian Robyns

Auf Vorschlag der SPD

Frau Rahab Njeri

Auf Vorschlag der KLIMA FREUNDE

Herr Musa Yüceel

Auf Vorschlag des Integrationsrates

Herr Volker Scherzberg

Seniorenvertretung der Stadt Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Kathrin Balke

Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik

Herr Luziano Gonzalez Tejon

Auf Vorschlag des Integrationsrates

Herr Heinz-Peter Bourry

Seniorenvertretung der Stadt Köln

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Volt aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses v. 23.05.2023 (AN/1013/2023) betreffend "Schwangerschaftsabbrüche in Köln - Aktuelle Möglichkeiten und Informationslage"
1904/2023

2.2 Beantwortung der schriftlichen Anfrage der FDP-Fraktion (AN/1028/2023) vom 19.05.2023 betreffend des Kölner Verhütungsmittelfonds für die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren am 17.08.2023
1908/2023

2.3 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Volt aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 23.05.2023 (AN/0947/2023) betreffend aktueller Zahlen des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes
2538/2023

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Drug Checking
AN/1271/2023

Beantwortung einer Anfrage der FDP zum Thema "Drug Checking" AN/1271/2023
2413/2023

3.2 Drug-Checking in Köln
AN/1283/2023

Beantwortung einer Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt zum Thema "Drug-Checking in Köln" AN/1283/2023
2414/2023

3.3 Kinderärztliche Versorgung in Köln – Aktualisierung von Daten zur Kinder- und Jugendgesundheit in Köln
AN/1462/2023

3.4 Umsetzung der neuen Krankenhausplanung für Köln
AN/1454/2023

- 4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 5 Beschlussvorlagen**
 - 5.1 Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele
4069/2022
 - 5.2 Förderung von Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich, Haushaltsjahr
2023
2409/2023
- 6 Mitteilungen**
 - 6.1 Jahresbericht 2022 der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln
1074/2023
 - 6.2 Jahresbericht 2022 der Selbsthilfe-Kontaktstelle Köln
1556/2023
 - 6.3 Beschaffung von Fahrzeugen des Brandschutzes
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 25 Abs. 1. Nr. 2 KomHVO
NRW i.V.m. § 12 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre
2023 und 2024
1628/2023
 - 6.4 Managementbericht des Dezernates V - Soziales, Gesundheit und Wohnen
1697/2023
 - 6.5 Einführung eines Anonymen Krankenscheins in Köln
2160/2023
 - 6.6 Handlungskonzept "Guter Lebensabend NRW"
Erste Maßnahmen zur Umsetzung der im Rahmen der Projektlaufzeit vom
01.04.2021 - 31.12.2022 erarbeiteten Erkenntnisse und Handlungsnotwendig-
keiten
2172/2023
 - 6.7 Medizinische Versorgung wohnungsloser Menschen in Köln - Jahresbericht
2022
1717/2023
 - 6.8 Information zur medizinischen Versorgung der Geflüchteten aus der Ukraine
2364/2023

- 6.9 Abschluss eines langfristigen Mietvertrages
- 6.10 Sachstand Weiterentwicklung der niedrigschwelligen, ambulanten und offenen Kontakt- und Beratungsangebote in den Sozialpsychiatrischen Zentren
2112/2023
- 7 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna stellt fest, dass die geänderte Tagesordnung einstimmig genehmigt ist.

Die beiden TOPs 3.1 und 3.2 zum Drug-Checking sollen zusammen behandelt werden.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna stellt fest, dass zu diesem TOP nichts vorliegt.

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Volt aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses v. 23.05.2023 (AN/1013/2023) betreffend "Schwangerschaftsabbrüche in Köln - Aktuelle Möglichkeiten und Informationslage" 1904/2023

RM Frau Böll bedankt sich und sagt, dass es sicherlich noch Verbesserungsbedarf geben würde.

Zur Kenntnis genommen.

2.2 Beantwortung der schriftlichen Anfrage der FDP-Fraktion (AN/1028/2023) vom 19.05.2023 betreffend des Kölner Verhütungsmittelfonds für die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren am 17.08.2023 1908/2023

Zur Kenntnis genommen.

2.3 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Volt aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 23.05.2023 (AN/0947/2023) betreffend aktueller Zahlen des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes 2538/2023

RM Frau Böll bedankt sich für die Beantwortung und bemerkt wie schon vermutet seien die Fallzahlen tatsächlich gestiegen. Für die Kinder, Jugendlichen und Familien in Stadtteilen mit vielen prekären Verhältnissen sei die Schwelle, Hilfen in Anspruch zu nehmen, sehr hoch.

Zur Kenntnis genommen.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Drug Checking AN/1271/2023

Durch Beantwortung unter Vorlage 2413/2023 erledigt.

Beantwortung einer Anfrage der FDP zum Thema "Drug Checking" AN/1271/2023 2413/2023

Zur Kenntnis genommen.

3.2 Drug-Checking in Köln AN/1283/2023

Durch Beantwortung unter Vorlage 2414/2023 erledigt.

Beantwortung einer Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt zum Thema "Drug-Checking in Köln" AN/1283/2023 2414/2023

3.1 und 3.2 sollen zusammen behandelt werden.

SB Frau Houben bedankt sich für die sehr ausführliche Beantwortung der Fragen. Sie möchte wissen, ob es mehrere kooperierende EWS Einrichtungen in Köln geben würde und wo, außer im Drogenkonsumraum am Neumarkt, sich diese befinden würden.

Die Recherche über den Gebrauch der Drogen würde nicht über das Abwassermonitoring, sondern über Befragungen der Nutzenden erfolgen. Sie möchte wissen, wieviel % der Nutzenden überhaupt über diese Methode erreicht werden könnten und wie ehrlich die Antworten seien.

Sie denkt, Abwassermonitoring sei etwas objektiver, denn zum Wasserlassen müsste jeder mehrmals am Tag auf die Toilette und man könnte daraus deutlichere Erkenntnisse gewinnen.

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau bemerkt, die Hauptfrage sei, welche Information man für welchen Zweck benötige.

Um grundsätzlich zu wissen, welche Fluktuationen es gebe und welche Stoffe gerade in Gebrauch seien, sei das Abwassermonitoring, was die Stadt bezahlen müsse, vielleicht ganz interessant. Wenn man irgendetwas über klinische oder personale Relevanz erfahren wolle, dann sei sicherlich der Kontakt und die Befragung das viel Wichtigere. Dabei sei wiederum die Frage bedeutsam, wie valide die Auskünfte seien, die man dadurch erhalte. Je intensiver und je vertrauensvoller der Kontakt sei, desto offener seien auch die Aussagen. Insgesamt würde er solchen Befragungen mehr Gewicht beimessen als dem Abwassermonitoring.

Er schließe jedoch nicht aus, dass das Abwassermonitoring gegebenenfalls interessant sein könne, aber man brauche relevante Fragestellungen dazu und die könne er

noch gar nicht so richtig erkennen. Diesen Aspekt und die Finanzierung müsse man mit auf den Weg geben, um es ggfs. realisieren zu können.

Die stellvertretende Amtsleitung Frau Dr. Scharkus bewertet das Abwassermonitoring „grundsätzlich als eine gute Sache“.

In diesem Fall würde es wahrscheinlich erstmal nur ein „Grundrauschen“ zeigen und weniger die Frage, ob es eine Tendenz zu der ein oder anderen Droge oder zu dem ein oder anderen Stoff geben würde, beantworten. Man würde es sich wünschen, jedoch sei es teuer und nicht ganz so einfach wie man es sich vorstellen würde. Das andere sei das Vertrauen, was ihm die Nutzer entgegenbringen würden. Das seien dann nur Stichproben, aber aus diesen könnte man schon ziemlich gute Aussagen ziehen.

SB Frau Houben möchte wissen, wieviele Menschen wirklich kontaktiert werden könnten und wieviele durch das Sieb fallen. Man könnte durch das Abwassermonitoring schon frühzeitiger feststellen, welche Verschiebungen innerhalb der Community es geben würde und welche nicht gesunden Substanzen genutzt würden.

Die stellvertretende Amtsleitung Frau Dr. Scharkus antwortet, frühzeitig würde man da keine Tendenzen bekommen. Es sei eine sehr hohe Verdünnung und was im Abwasser zu detektieren sei nicht ganz so einfach und man erhalte einen Rückblick über die Konsumänderungen. Durch die Nähe zu den Nutzern könnte man durch gezieltes Fragen viel früher feststellen, wie die Tendenz sei. Sie könnte die Dunkelziffer, derjenigen, die nicht kämen, nicht abschätzen. Man habe immer nur eine Stichprobe von Menschen, die man sehen würde. Jedoch könnte man daraus relativ gute Schlüsse ziehen.

Die Abteilungsleitung der Gesundheitsförderung und –planung, Frau Dr. Eichberg erklärt, man habe das sogenannte „News“ (national early warning system). Es gäbe dort eine Plattform, wo Infos über gefährliche, gestreckte und verunreinigte Stoffe abgerufen werden könnten. Jeder der Drug-Checking durchführen würde, würde dort Informationen einspeisen, die dann auf der Homepage veröffentlicht würden. Dort könnte man dann beispielsweise lesen: „Pass auf, in Köln grassiert gerade dieses Mittel.“

SE Herr Heinlein möchte die folgende Unterscheidung vorschlagen. Die normalen Drogengebraucher*innen würde man nicht sehen. 80 - 90 % der Menschen, die Drogen gebrauchen, seien völlig unauffällig und hätten das Problem einer schlechten Beschaffung, weil die Fachverkäufer auf dem Ebertplatz nicht immer verfügbar seien. Die meisten Menschen seien gut versorgt und sozial völlig unauffällig. Über die Drogenkonsumräume und über andere Kontakte in der sozialen Arbeit sehe man die Menschen, die mit den sozialen Bedingungen ihrer Sucht nicht gut zurechtkämen. Nach seinem Verständnis sei das ein anderes Klientel als die, die illegale Drogen konsumieren. Hier befasse man sich mit denen, die Probleme haben und Probleme machen. Die allermeisten Menschen in Köln, die Drogen regelmäßig gebrauchten, machten das völlig unauffällig und man befasse sich nicht damit. Wie man der Zeitung entnehmen könnte, würden illegale Drogen in immer größeren Mengen genommen.

SE Herr Satorius-Daubenbüchel merkt an, es gebe Nachbarländer, in denen seit 30 Jahren Drug-Checking gemacht würde und die würden das nicht mehr aufgeben wollen, weil die das sehr erfolgreich praktizieren würden. Er halte er für wichtiger, dass aufsuchende Arbeit gemacht würde, also Suchtberater Stellen aufsuchen, wo gefeiert wird, wo Drogen konsumiert würden. Man könnte gesundheitliche Schäden durch Drug-Checking verhindern. Er denke, die Aidshilfe, die aufsuchende Arbeit bei Ihrem Klientel machen würde, könnte durchaus ein Drug-Checking machen. Die Konsumenten würden das ab und zu nehmen. Er denke, dass dann Unfälle/Todesfälle durch diese Möglichkeiten verhindert werden könnten. Er würde dafür plädieren, dass auch in einer Großstadt wie Köln so etwas kommen würde.

RM Frau Gärtner bedankt sich für die ausführliche Beantwortung. Was ihrer Fraktion wichtig wäre, wäre, dass man über den Kreis von Konsumenten, die zum Gesundheitsamt in die Konsumstelle gehen, hinaus auch ein Angebot machen würde. Wenn man die Antwort richtig verstanden habe, überlege das Gesundheitsamt auch, das zu tun und da hätte man die Bitte, dass dann unaufgefordert darüber berichtet würde.

SE Herr Nowak denkt, es wäre gut, wenn ein Angebot, das über die in den Konsumräumen anwesenden Menschen hinausgehe, kommen würde

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna rechnet damit, dass man wieder von dem Thema hören würde, wenn aus Düsseldorf entsprechende Signale vom MAGS kommen würden.

Zur Kenntnis genommen.

3.3 Kinderärztliche Versorgung in Köln – Aktualisierung von Daten zur Kinder- und Jugendgesundheit in Köln AN/1462/2023

Die Beantwortung durch die Verwaltung liegt noch nicht vor.

3.4 Umsetzung der neuen Krankenhausplanung für Köln AN/1454/2023

RM Frau Gärtner erklärt zum Hintergrund der Anfrage, der Gesundheitsausschuss im engeren Sinne, sei eigentlich nicht zuständig. Dennoch würde ihn interessieren, welche Erkenntnisse vorhanden seien. In den Bereichen Psychiatrie und Geburten hätte man schwere Sorge und müsse sich gegebenenfalls melden, wenn man den Eindruck habe, dass die Versorgung nicht gewährleistet sei.

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau bestätigt, man sei weder als Politik noch als Verwaltung zuständig. Man würde höchstens über die Kommunale Gesundheitskonferenz gehört. Das Thema habe eine enorme Brisanz in verschiedene Richtungen und es käme überall zu ungeliebten/ungewollten Entscheidungen. Große Teile dieser Anfrage müssten an die Bezirksregierung zur Beantwortung weitergegeben werden und die Antwort würde man dann an diesen Ausschuss weiterleiten.

Die Beantwortung durch die Verwaltung liegt noch nicht vor.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Beschlussvorlagen

5.1 Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele 4069/2022

Beschluss:

Der Rat

1. nimmt die elf in der Anlage benannten strategischen Herausforderungen für die zukünftige integrierte Sozialplanung der Stadt zustimmend zur Kenntnis;
2. beschließt die strategischen Ziele/Teilziele zu den Herausforderungen wie in der Anlage dieser Vorlage ausgeführt;
3. beauftragt die Verwaltung, im Sinne des strategischen Steuerungsprozesses der integrierten Sozialplanung, dort wo noch nicht mit einer Fachplanung hinterlegt, darzulegen, mit welchen geeigneten Strategien die Ziele/Teilziele verfolgt werden sollen;
4. beauftragt die Verwaltung den Fachausschüssen regelmäßig über die Zielerreichung und die Strategien zur Zielerreichung zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zurückgestellt zur Wiedervorlage in der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses am 19.09.2023.

**5.2 Förderung von Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich, Haushaltsjahr 2023
2409/2023**

Der Gesundheitsausschuss beschließt

1. entsprechend der Empfehlung des gemeinsamen Unterausschusses „Selbsthilfegruppen“ des Gesundheitsausschusses sowie des Ausschusses für Soziales und Senioren, im Haushaltsjahr 2023 die Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich gemäß der beigefügten Anlage, zu fördern. Mittel stehen im Teilplan 0701 – Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, zur Verfügung.
2. die Obergrenze der Sachkostenpauschale von 2.556,00 € auf 3.000,00 € festzusetzen.
3. die Abschlagszahlung in Fortführung der Praxis der Vorjahre in folgender Höhe festzusetzen
 - bei bisher mindestens zweijähriger Bezuschussung 75% der Vorjahresförderung, bzw. der geplanten Förderung für das Jahr 2023.
 - bei bisher einmaliger Bezuschussung 20% der Vorjahresförderung

Am 15.07.2009 haben der gemeinsame Unterausschuss Selbsthilfegruppen sowie der Gesundheitsausschuss geregelt, dass Abschläge an Selbsthilfegruppen gezahlt werden können. Auf dieser Grundlage und der zwischenzeitlich beschlossenen Allgemeinen Förderrichtlinie der Stadt Köln wird die Höhe der Abschläge festgesetzt. Voraussetzung für die Zahlung des Abschlags ist die Vorlage des Verwendungsnachweises des Vorjahres sowie die Tatsache, dass haushaltsrechtliche Einschränkungen nicht entgegenstehen.

Die Restmittel werden der Selbsthilfe-Kontaktstelle Köln zur Unterstützung städtisch nicht geförderter, originärer Selbsthilfegruppen zur Verfügung gestellt. Sie dienen der Förderung von Aktivitäten, die aufgrund der geringen Antragshöhe, einmaliger Förderanfrage, o. Ä. nicht vom Gesundheitsamt bezuschusst werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Zuschüsse, abzüglich der bereits gewährten Abschlagszahlungen, zu bewilligen und auszuzahlen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

6 Mitteilungen

6.1 Jahresbericht 2022 der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln 1074/2023

RM Frau Böll bedankt sich bei der Ombudsstelle für diesen Bericht. Es würden dort sehr wichtige Themen angesprochen. Aus ihrer Sicht zeichne sich immer wieder ab, dass man noch besser formulierte verbindliche Standards für die Unterbringung von Geflüchteten brauche. Die Standards müssten von den beauftragten Trägern eingehalten werden, sie müssten aber auch ausreichend formuliert werden.

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau sagt, er wüsste spontan nicht wie der Schlüssel 60 zu 1 umgesetzt worden sei. Auch wenn die vorgegebenen Personalstandards umgesetzt würden, wäre das immer noch so, dass die Herausforderungen teilweise größer seien als die Möglichkeiten. Selbst die Realisierung dieser Schlüssel werde wahrscheinlich noch immer nicht alle Probleme lösen.

Zur Kenntnis genommen.

6.2 Jahresbericht 2022 der Selbsthilfe-Kontaktstelle Köln 1556/2023

SB Herr Heinlein ist der Meinung, man könnte froh sein, dass man so eine tolle Kontaktstelle für Selbsthilfe habe.

SB Frau Houben möchte wissen, ob es weiterhin eine Broschüre, in der die einzelnen Selbsthilfegruppen mit Kontaktdaten aufgelistet worden seien, geben würde oder ob man das digital elektronisch recherchieren sollte.

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau bemerkt, er bekomme in ihrer Fragestellung quasi eine Wertung vermittelt. Man sei relativ stolz auf das Angebot „So“ für Sozial in Köln. Das sei ein digitales Portal, in einer Qualität, die man im Printmedium niemals erreichen könne. Man könne nach allen möglichen Zielgruppen, Sprachen, Kulturen und Örtlichkeiten filtern. Wie immer bei größeren Veränderungen blieben leider einige zurück. Man schaffe es von der Systematik her nicht, das inzwischen sehr komplexe Tool zusätzlich zu drucken. Ein Hinweis, der vielleicht unbequem sei, aber wenn man ein paar digital nicht mehr mitkommende Menschen habe, könne man nicht alles durch andere Techniken ausgleichen, sondern müsse das sozial ausgleichen. Genau an diesem Punkt brauche man wieder Nachbarschafts- oder Familienhilfe. Wenn jemand digital nicht zurechtkomme, sei diese Hilfe zur Unterstützung der Menschen gefragt und sollte auch gefragt werden, denn man sei eine „soziale Stadtgesellschaft“.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna interpretiert es so, dass man sozusagen „aushelfen würde“ und seiner 95-jährigen Mutter die Unterlagen ausdrucken würde.

Zur Kenntnis genommen.

6.3 Beschaffung von Fahrzeugen des Brandschutzes hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 25 Abs. 1. Nr. 2 KomHVO NRW i.V.m. § 12 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 1628/2023

RM Frau Seiger meint, es würde stark danach aussehen, dass die Bedarfsfeststellungen allein aufgrund von Kostenschätzungen gemacht würden. Es gebe Kostensteigerungen von 21- 34 % binnen eines Jahres und möchte wissen, wie dort vorgegangen würde.

Der Leiter der Berufsfeuerwehr Herr Dr. Miller stellt grob dar, man habe eine Mittelfristplanung, wo man 5 Jahre im Voraus angeben müsse, welche Haushaltsmittel man ganz grob brauchen würde und welche Beschaffungen anstehen würden. Die Schätzung basiere auf Marktrecherchen, dann würde ein Haushaltsmittelbedarf angemeldet. Nachgebessert werden könnte, wenn der Haushalt aufgestellt würde. Er würde durch verschiedene Prüfroutinen bei Dezernat II sowie 20 laufen. Bei Feuerwehrfahrzeugen hätte das notwendige Leistungsverzeichnis mehrere 100 Seiten, es würde nochmal durch einen externen Gutachter geprüft, bevor es dann zur Ausschreibung käme. Die Ausschreibung richte sich nach den Marktmechanismen. Das heißt, es gibt ein Angebot wonach Hersteller sagen, wenn ich das Leistungsspektrum erfülle, kostet das Summe X. Das Angebot würde geprüft. Ungefähr 70 % mache der Preis aus, weil man wirtschaftlich beschaffe. Wo man vor Corona gute Schätzungen habe abgeben können, sei das momentan überhaupt nicht mehr möglich. Man habe Situationen, wo beispielsweise Elektronikchips für die Fahrgestellhersteller nicht mehr beziehbar sein, was zu Verzögerungen führen würde. Dann würden Aufschläge dazukommen. Man könnte nur Aufträge erteilen, für die Angebote vorliegen würden. Der Markt sei „mächtig in Bewegung“, Lieferketten sein gestört. Die ganze Situation, die man gerade in der öffentlichen Vergabe sehen würde, sei „sehr volatil“ geworden und mache es beschaffungsseitig unglaublich schwer, fundierte Haushaltsmittel anzumelden. Würde man sich mal die ganze Bandbreite der haushaltsrechtlichen Mitteilungen anschauen, dann würde man sehen, dass die Märkte „ganz gehörig“ in Bewegung geraten seien.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna möchte wissen wieviel Hersteller für Spezialfahrzeuge es gibt oder ob es sich in Wirklichkeit um ein Oligopol handeln würde.

Der Leiter der Berufsfeuerwehr Herr Dr. Miller erklärt, es würde sich hier um Sonderfahrzeugbau handeln. Das bedeute, die Fahrzeuge seien alles keine Serienfahrzeuge. Die Fahrgestelle wären Serienfahrzeuge, bei den Aufbauherstellern würde ein Standardfahrgestell als Feuerwehrauto umgebaut. Es gebe vielleicht noch 5 Aufbauhersteller, die in Deutschland produzieren würden. Bei den Feuerwehrkränen würde es faktisch nur einen Hersteller geben.

Zur Kenntnis genommen.

6.4 Managementbericht des Dezernates V - Soziales, Gesundheit und Wohnen 1697/2023

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau möchte vorbereitend sagen, man habe im Dezernat V eine Managementlogik etabliert, mit einem Masterplan und mit kennzahlgestützten Steuern sowohl der Projekte als auch der Prozesse. Ein wichtiges Merkmal sei, dass man regelmäßig darstellen würde wie weit man in den zu steuernden Projekten und Prozessen sei. Dies würde in der Zukunft noch weitaus differenzierter passieren. Er empfiehlt den Bericht zum „Quergucken“ und er sollte in den Folgejahren weiter ausdifferenziert werden.

Zurückgestellt zur Wiedervorlage in der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses am 19.09.2023.

6.5 Einführung eines Anonymen Krankenscheins in Köln 2160/2023

Die stellvertretende Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Scharkus fasst zusammen, man habe zwei Anonyme Krankenscheine in stationäre und einen in ambulante Bereiche vergeben können. Es seien noch 1 oder 2 in Abklärung, man konnte für 6 Menschen eine Duldung erreichen und auch einen Zugang für die Krankenversorgung schaffen. „Man sei im Fluss, es würde jetzt anlaufen.“ Es sei eine sehr schöne Aufgabe und man sehe sich auch als diejenigen, die da, wo niemand anders eine Versorgung herstelle, einspringen könnten. Weitere Berichte würden folgen.

SE Herr Nowak möchte wissen, wann man mit einem ersten Bericht dazu rechnen könnte oder ob es eventuell diesen schon geben würde?

Die Abteilungsleitung der Abteilung Gesundheitshilfen, Frau Gläser-Zorn berichtet, man habe sehr sehr viele Informationsveranstaltungen geplant und auch schon durchgeführt. Beispielsweise habe man für Anfang September eine Informationsveranstaltung für niedergelassene Ärzt*innen geplant, im Rahmen der Krankenhausbesprechung biete man Informationsveranstaltungen an allen Kölner Kliniken an. Man sei froh über wenige Scheine, um die Menschen im besten Fall ohne eine schwere Diagnose in der Regelversorgung unterbringen zu können. Manchmal würde auch über eine schwere Diagnose eine Duldung erreicht. Man wünsche sich eine dauerhafte Fortführung des Projektes.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna schlägt vor, Anfang 2024 sollte dem Ausschuss wieder Bericht erstattet werden.

SB Frau Houben gibt zu Bedenken, dass die Menschen an meldepflichtigen Erkrankungen leiden könnten. Sie gehe davon aus, dass dort auch ein vernünftiger Weg gefunden worden sei.

Zur Kenntnis genommen.

6.6 Handlungskonzept "Guter Lebensabend NRW" Erste Maßnahmen zur Umsetzung der im Rahmen der Projektlaufzeit vom 01.04.2021 - 31.12.2022 erarbeiteten Erkenntnisse und Handlungs- notwendigkeiten 2172/2023

RM Frau Böll erklärt, es sei ein Konzept für die Zugangshemmnisse für Menschen mit internationaler Geschichte. Aufgrund der wachsenden Anzahl von alten Menschen mit internationaler Familiengeschichte sei es dringend erforderlich. Sie glaubt, es sei auf einem sehr guten Weg.

Zur Kenntnis genommen.

6.7 Medizinische Versorgung wohnungsloser Menschen in Köln - Jahresbericht 2022 1717/2023

Zur Kenntnis genommen.

6.8 Information zur medizinischen Versorgung der Geflüchteten aus der Ukraine
2364/2023

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna fragt, wie lange man das machen würde.

Die stellvertretende Leiterin des Gesundheitsamtes Frau Dr. Scharkus antwortet, es würde so lange gemacht, wie Bedarf bestehen würde. Man habe noch Bedarf, die ukrainischen Flüchtlinge weiterhin zu begleiten und zu betreuen.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst der Berufsfeuerwehr Köln, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner fasst zusammen, es kämen alle 2 bis 3 Wochen ungefähr 10 Menschen nach NRW. Das Spektrum habe sich verändert, es seien überwiegend onkologische Patienten, die kommen würden, nicht mehr so viele Kriegsverletzte. Man sei das einzige Kleeblatt, d. h. das einzige Bundesland, das onkologische Patienten aufnehme. Man nehme etwa alle zwei Wochen ca. 10 Verletzte auf. Die Kleeblätter würden sich ablösen, somit sei das Kleeblatt West (NRW) nicht jede Woche dran. Die meisten onkologischen Patienten würden in einem guten Zustand kommen, sie könnten nicht in einer Klinik aufgenommen werden. Man nehme Kontakt zu den Flüchtlingsunterkünften sowie den Sozialämtern in ganz NRW auf. Man versuche Behandlungsmöglichkeiten und Flüchtlingsunterkünfte sowohl für die Patienten als auch für die Angehörigen zu besorgen. Die würden erst nach dem Asylbewerberleistungsgesetz finanziert. Das finanziere keine hochpreisige onkologische Therapie, die um die 150.000 € aufwärts kosten würde. Sie müssten den Rechtskreiswechsel durchmachen, was einige Wochen in Anspruch nehmen würde. Die Jobcenter seien halb in Bundeshand und halb in Hand der Stadt. Es würde dauern und diesen Aufwand würden die anderen Bundesländer nicht betreiben oder wollten ihn nicht treiben. In NRW finanziere das MAGS die anfallende Mehrarbeit. Bei den anderen Kleeblättern sei es so, dass das in der Regel keine medizinischen Kräfte seien, sondern Ministerialleute, die entsprechenden Zugänge nicht hätten. Man nehme in der EU die meisten Patienten auf. Es sei eine sehr sehr enge Zusammenarbeit zwischen den Krankenhäusern, den Ämtern und dem Ministerium. „Es sei eine gute, jedoch aufwendige Sache.“ Bei Gelegenheit sollte im Ausschuss über die Sachlage berichtet werden.

Zur Kenntnis genommen.

6.9 Abschluss eines langfristigen Mietvertrages

In den nicht-öffentlichen Teil verlegt.

6.10 Sachstand Weiterentwicklung der niedrigschwelligen, ambulanten und offenen Kontakt- und Beratungsangebote in den Sozialpsychiatrischen Zentren
2112/2023

SB Herr Heinlein fasst zusammen, es sichere die Akzeptanz und die Zugänglichkeit für die psychisch Kranken, die ansonsten sehr schnell und sehr leicht den Kontakt zum SPZ verlieren würden, wenn dort wegen Personalmangels nur 2 Leute eingesetzt seien. Jetzt sei man zu Dritt und man habe eine höhere Vertretungssicherheit.

Zur Kenntnis genommen.

7 Mündliche Anfragen

RM Herr Kaske möchte wissen, wann der Bedarfsplan der Politik vorgelegt würde.

Der Leiter der Berufsfeuerwehr Herr Dr. Miller informiert, man sei gerade dabei, den Plan zu finalisieren, da würde verwaltungsseitig Einvernehmen hergestellt. Man sei in den Verhandlungen mit den Kostenträgern und gehe davon aus, dass man Ende des Jahres eine finalisierte und freigegebene Version in die Beratung geben könnte.

Herr Kaske möchte wissen, wann der Rettungsdienstbedarfsplan der Politik vorgelegt wird.

Gez.

Dr. Ralf Unna, Vorsitzender
rerin

Gez.

Sabine Niemeyer, Schriftführerin